

Stellungnahme zur Demonstration von „Schule muss anders“ am 19.03.2022
Darum ruft die Kampagne „Schule muss anders“ trotz des Krieges in der Ukraine zur
Demonstration „Ihr spart unsere Zukunft kaputt“ am 19.03.2022 in Berlin auf.



Die Kampagne „Schule muss anders“ hat sich zusammengefunden, um sich gemeinsam für bessere Lern- und Arbeitsbedingungen im Bildungsbereich und für inklusive Bildung einzusetzen. Bereits im Jahr 2021 fanden drei große Demonstrationen statt. Dies war vor der Landtagswahl und der Bildung des neuen Senats. Wir haben uns organisiert, auf die Missstände im Berliner Bildungsbereich aufmerksam gemacht, Forderungen formuliert und sind mit den politischen Verantwortlichen in einen Dialog gekommen. Unsere Forderungen sind Bestandteil des Koalitionsvertrages geworden!

Wir sind von der Situation in der Ukraine sehr betroffen und fassungslos. Daher haben wir uns gefragt, ob es jetzt der richtige Zeitpunkt ist, für etwas anderes als den Frieden, auf die Straße zu gehen.

Momentan führt der neu gebildete Senat Haushaltverhandlungen durch. Als „Schule muss anders“ sehen wir eine große Dringlichkeit, weiter mit den politischen Verantwortlichen im aktiven Dialog zu bleiben und zu zeigen, wie wichtig es ist, mehr Geld für den Bildungsbereich bereitzustellen. Dieser Kampf ist notwendig, da bereits erste Kürzungspläne im Bildungsbereich verkündet wurden. Deshalb gehen wir auf die Straße und demonstrieren. Und zugleich demonstrieren wir damit für das Recht, demonstrieren zu können. Wir sehen immer deutlicher, wie wertvoll dieses Recht ist, aber auch wie zerbrechlich es sein kann.

Mit unseren Forderungen an die Politik setzen wir uns außerdem für gute Bildung und eine friedliche Zukunft ein. Schüler*innen aus der Kampagne wünschen sich mehr Demokratiebildung, internationalen Austausch, Bildung gegen Rassismus und für Empathie. All das spricht aus unserer Sicht dafür, eben doch auf die Straße zu gehen.

Bildung und Frieden sind kein Widerspruch, sondern bedingen einander. Jetzt ist es wichtig, solidarisch mit den Menschen in der Ukraine und den Friedensaktivist*innen in Russland zu sein, die nicht ohne Repressalien demonstrieren können. Uns ist es auch wichtig, mit unserem Einsatz für bessere Bildungschancen zu einer gerechteren und friedlichen Gesellschaft beizutragen. Dazu braucht es mehr Ausgaben für die Bildung. Das beschlossene Sondervermögen zur Aufrüstung der Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro sehen wir kritisch. Jahrelang hieß es, gerechte Bildung und echter Klimaschutz seien zu teuer. Wir fordern in Anlehnung an [diesen Artikel](#) vom Journalisten Bent Freiwald ein Sondervermögen von 100 Mrd. € für Bildung.

Bei der Demonstration am 19.03.2022 solidarisieren wir uns mit den notleidenden Menschen in der Ukraine und allen anderen Kriegsgebieten. Wir werden Spenden für die Nothilfe sammeln, auf Hilfsangebote hinweisen und für eine freie Gesellschaft mit freier Meinungsäußerung eintreten.

Die Kampagne „Schule muss anders“ steht für ein friedliches und demokratisches Miteinander und ist gegen jede Form der Gewalt. Unsere Initiative gehört keiner Partei an und besteht aus vielen ehrenamtlichen Berliner Bürger*innen, Schüler*innen, Eltern, Lehrkräften, Erzieher*innen und in Schule und Kita Beschäftigten sowie verschiedenen Organisationen (Schule in Not e.V., Berliner Bündnis für Schulische Inklusion, Berliner Bürgerplattformen, GEW Berlin, Kreidestaub, LSF Berlin-Brandenburg, Landesschüler*innenausschuss).

Berlin, 04.03.2022